

# Komitee findet: Mobimo muss weg

**Agglolac** Mit Blick auf die Agglolac-Entscheidung haben sich linke Bieler Parlamentsmitglieder zum Komitee «Profitquartier Nein» formiert. Sie weibeln gegen die private Investorin Mobimo – und haben durchaus Chancen, das Projekt zu versenken.

Lino Schaeren

20 linke Bieler Parlamentsmitglieder haben anderthalb Wochen vor dem Agglolac-Entscheid im Stadtrat mit «Profitquartier Nein» ein neues Komitee präsentiert. Für sie ist klar, dass das geplante Seequartier wie im vorliegenden Projekt angedacht nie gebaut werden darf. Es ist eine grundlegende Haltung, die sich bereits im Namen des Komitees manifestiert, da würden auch einige Anpassungen am Vorhaben nichts mehr ändern. Es geht um die Frage, wer einen finanziellen Nutzen aus der Quartierentwicklung ziehen würde. Für das Komitee ist klar: Es steht der Profit der privaten Investorin Mobimo AG im Vordergrund, nicht die Bedürfnisse der Bevölkerung. Die Mitglieder wollen die Umsetzung des vorliegenden Projekts deshalb bereits im Stadtrat verhindern – und nach ihrer Darstellung damit den Weg ebnen für bessere Alternativen.

Im Komitee vereinen sich Parlamentsmitglieder der Parteien SP, Juso, Grüne, PdA und Passerelle. Nicht vertreten sind bislang auf linker Ratsseite einzig die Vertreterinnen der PSR-Fraktion. Trotzdem hat das Komitee im Rat bereits grosses Gewicht: Mit 20 Mitgliedern stellt es ein Drittel des gesamten Parlaments. Und nicht alle linken Stadtratsmitglieder, die Agglolac kritisch oder ablehnend gegenüberstehen, sind bisher «Profitquartier Nein» beigetreten. Was unter anderem an der Juso-Rhetorik der Gruppierung liegen dürfte – schliesslich stammt die Initiative für den Zusammenschluss aus der Ecke der Jungsozialisten. Die linke Opposition wird zudem ergänzt durch einige ablehnende Stimmen aus dem bürgerlichen Lager: Die Bieler SVP, die sonst im Parlament so diszipliniert geschlossen stimmt, ist in der Agglolac-Frage in zwei Lager gespalten. Laut SP-Fraktionspräsident Levin Koller habe man aber bewusst ein rein linkes Komitee bilden wollen. Auch, um sich von der politisch diversen Bürgerbewegung «Stop Agglolac» abzugrenzen.

## «Wer zahlt, befiehlt auch»

«Profitquartier Nein» hat sich den Kampf «gegen den Ausverkauf an Grosskonzerne» auf die Fahne geschrieben. Das Feindbild heisst Mobimo: Die börsenkotierte Projektentwicklerin aus Küsnacht (ZH) will am Nidauer Seeufer für rund eine halbe Milliarde Franken bis zu 800 Wohnungen für gut 1500 Bewohnerinnen und Bewohner realisieren. 18 Prozent der Bruttogeschossfläche ginge an gemeinnützige Wohnbauträger, die sich der Kostenmiete verpflichten, der Rest würde als Eigentumswohnungen verkauft oder vermietet.



Das Komitee «Profitquartier Nein» zeigte gestern auf dem Expo-Park auf, wieso es verhindern will, dass Mobimo die Überbauung Agglolac erstellt. MATTHIAS KÄSER

Das nötige Land auf dem ehemaligen Expo-Gelände erhält Mobimo von Nidau verkauft und von Biel für die nächsten 99 Jahre im Baurecht abgetreten. Die knapp 90 Millionen Franken, welche die beiden Städte so generieren, werden fast vollständig in die Bereitstellung des Baulands und in die öffentliche Infrastruktur investiert. So soll etwa der Barkenhafen bis zur Dr.-Schneider-Strasse verlängert und beim Hundemätteli eine Badebucht entstehen. Dass sich die Entwicklung des neuen Quartiers alleine durch die Landgeschäfte finanziert ohne Steuergelder auskommt, war eine Bedingung für die Planung. Anna Tanner stört sich jedoch daran, dass Mobimo alles finanziert: «Denn wer bezahlt, der befiehlt auch.»

Die Mitglieder des Komitees lehnen die Zusammenarbeit mit einer profitorientierten Investorin kategorisch ab. «Wir haben ein Problem mit dem Konstrukt Private-Public Partnership: Mit der Finanzierung durch Private verliert die öffentliche Hand die Kontrolle», sagt Urs Scheuss (Grüne). Das Komitee kritisiert generell, dass durch die Rendite getriebene Anleger und Immobilienkonzerne die Wohnungskosten in die Höhe trieben, was zu einer Umverteilung von der Bevölkerung hin zu Grosskonzernen führe. Mit

Agglolac und Mobimo, sagt Tanner, solle das ehemalige Expo-Areal Teil dieser Maschinerie werden: Von der Bevölkerung soll das Geld über Mobimo an internationale Schwergewichte wie Blackrock, Credit Suisse oder UBS fließen. Der weltgrösste Vermögensverwalter Blackrock hält 3,92 Prozent des Mobimo-Aktienkapitals. Die Credit Suisse ist mit 5,5 Prozent die grösste Mobimo-Aktionärin, hinter Blackrock auf Platz drei folgt die UBS (3 Prozent). Tanner sagt: «Letztlich landet das Geld in den Taschen der reichsten Menschen der Welt. Zahlen dafür tun wir mit steigenden Mieten. Ein Wohnquartier für den Profit können wir nicht akzeptieren.»

## FDP und GLP für Agglolac

Wenn eine Überbauung, dann fordern die 20 im Komitee vereinten Bieler Parlamentsmitglieder ausschliesslich gemeinnützige Wohnbauträger und die öffentliche Hand als Investorinnen. Doch wollen sie ihr Ziel erreichen, müssen sie erst einmal Agglolac versenken. Damit das im Bieler Parlament gelingt, braucht es mindestens 30 Stimmen. Ist das realistisch? Durchaus. Zwar dürfte es im Lager der Sozialdemokraten und Grünen einzelne Abwehler geben, die der Agglolac-Pla-

nung zustimmen. Auch FDP und GLP dürften praktisch geschlossen hinter dem Projekt stehen. Stimmt tatsächlich die halbe SVP-Fraktion um Präsidentin Sandra Schneider dagegen, müssten die Agglolac-Gegner aber eigentlich eine Mehrheit erreichen. Darauf lässt auch der Fragebogen der Wahlhilfe Smartvote schliessen: 36 der 60 heutigen Ratsmitglieder hatten im vergangenen Herbst angegeben, ganz oder eher gegen das neue Seequartier zu sein.

Dass es dennoch äusserst eng werden dürfte, liegt wohl auch daran, dass nicht alle Agglolac-Gegner dem Projekt aus denselben Gründen kritisch gegenüberstehen. Wollen die Mitglieder des Komitees das Geschäft etwa mit der Auflage an die Stadtregierung zurückweisen, noch einmal mit einem Projekt ohne profitorientierten Investor zu kommen, dürften das die SVPler um Sandra Schneider kaum mittragen. Aus Sicht der Gegner geht es jetzt also vor allem darum, die richtige Taktik zu finden, mit der eine Versenkung des aktuellen Projekts über die politischen Lager hinweg mehrheitsfähig wäre. Derzeit scheint offen, ob es auf eine reine Ja/Nein-Frage und damit auf eine Annahme oder Ablehnung von Agglolac hinausläuft. Oder aber auf eine

Rückweisung mit einem Überarbeitungsauftrag.

## Verzögerung um Jahre?

Zur Volksabstimmung im Juni dürfte es nur kommen, wenn das Projekt sowohl in Biel als auch in Nidau am 17. und 18. März die Parlamentshürde ohne Anpassungen nimmt. Wenn nicht, müssten die Änderungen aufeinander abgestimmt und wohl noch einmal den Stadträten vorgelegt werden. Nidau Stadtpräsidentin Sandra Hess (FDP) und Biels Stadtpräsident Erich Fehr (SP) warnten denn Anfang Woche bei der Projektpräsentation vor den Medien auch davor, am Projekt in seiner Gesamtheit zu rütteln. Substantielle Anpassungen, da waren sich die beiden einig, würden die komplexe Planung um Jahre zurückwerfen. Hess und Fehr appellierten an die Parlamentsmitglieder von Biel und Nidau, nach rund zehn Jahren Planung die Planung gutzuheissen und damit endlich dem Stimmvolk das Wort zu erteilen. Dies auch, weil das vorliegende Projekt dem Auftrag der Parlamente von 2013 entspreche.

Machen Sie mit bei der grossen Agglolac-Umfrage unter [www.bielertagblatt.ch/agglolac](http://www.bielertagblatt.ch/agglolac)

## Im Stedtli könnte es eng werden

**Nidau Die bürgerliche Fraktion ist klar für Agglolac, die SVP dagegen. Bei der SP und der Fraktion Grüne/EVP gehen die Meinungen teilweise auseinander – und so bahnt sich im Nidauer Parlament eine knappe Abstimmung an.**

Als eine der wenigen Nidauer Parteien hat sich die FDP immer klar für Agglolac ausgesprochen. Seit den Gemeindewahlen vor vier Jahren hat sich an der Haltung der Bürgerlichen nichts verändert. «Wir stehen grossmehrheitlich hinter Agglolac», sagt Susanne Schneiter Marti, Fraktionspräsidentin der Bürgerlichen (FDP/PRR/BDP).

Die Stadträtin erachtet es als sehr wichtig, dass das Projekt im Stadtrat durchkommt: «Die Stimmbevölkerung soll sich endlich an der Urne zu Agglolac äussern können.» Einen gewissen Optimismus legt die FDP diesbezüglich durchaus an den Tag: Sie fasst ihre Parole erst an der Parteiversammlung im

April, in der Überzeugung, dass Agglolac im Juni auch tatsächlich an die Urne gelangt.

## Viele Unentschlossene

Weniger einig ist man sich in der SP. Fraktionspräsident Tobias Egger fasst die Lage so zusammen: «Einige sind klar dafür, einige klar dagegen – die meisten jedoch sind unentschlossen.» Am Mittwoch versammelt sich die Partei zu einer Onlinekonferenz, um sich eine geschärfte Meinung zu bilden.

Als Co-Präsident des Vereins Stop Agglolac gibt es an der Haltung von Egger keine Zweifel. Das Projekt bringe grosse finanzielle Unsicherheiten und hohe Folgekosten etwa für den Ausbau der Verwaltung und des Schulraums mit sich.

Auch den Mehrverkehr bezeichnet er als Risiko, die Belastungsgrenze sei heute schon überschritten. Als positiv erachte man in der Partei die Entwicklung des Areals an sich. Und auch die

ökologischen Aspekte werte man als Pluspunkt.

Vor vier Jahren haben sich die Grünen gegen das Projekt gestellt: Agglolac habe zwar Potenzial, jedoch nur als verkehrsarmes oder verkehrsfreies Quartier, in dem alle Bevölkerungsschichten Platz hätten. Die kritische Grundhaltung sei dieselbe geblieben, sagt Michael Rubin, Fraktionspräsident der Grünen/EVP. Er könne sich vorstellen, dass eine Minderheit dem vorliegenden Projekt zustimmen wird, gehe aber davon aus, dass eine Mehrheit nach wie vor dagegen sei. Wie es bei der EVP aussieht, wisse er nicht – die Fraktionssitzung steht noch an.

## SVP befürchtet Verteuerung

Rubin, der sich selbst zum Nein-Lager zählt, erkennt durchaus einige Pluspunkte, die für das geplante Quartier sprechen würden: Da wären die teilweise Abgabe des Landes im Baurecht, die Aufwertung des Grüngürtels, der

ökologische Mehrwert unter anderem für das Erlenwäldli und die genossenschaftlichen Wohnungen. All dies vermag ihn in seiner Entscheidung jedoch nicht umzustimmen.

Klar gegen Agglolac positioniert sich die SVP. Gemäss Fraktionspräsident Leander Gabathuler (der wie Egger als Co-Präsident bei «Stop Agglolac» amtiert) werde seine Partei das Vorhaben grossmehrheitlich oder sogar einstimmig ablehnen.

Den geplanten Gemeindeverband, der als verlängerter Arm der Städte Biel und Nidau fungieren soll, bezeichnet er als Katastrophe: Das führe zu einer enormen Machtkonzentration für die Gemeinderäte im Vorstand des Verbandes, die Stadträte hätten dagegen nichts mehr zu sagen.

Auch die Finanzierung lässt bei ihm die Alarmglocken läuten. Gabathuler befürchtet, dass Agglolac Nidau am Ende viel teurer zu stehen kommt, als heute angenommen. «Es geht hinten

und vorne nicht auf. Das Projekt ist eine völlige Fehlplanung.»

## Forderung sorgt für Unmut

Nidau Stadtpräsidentin Sandra Hess (FDP) und Biels Stadtpräsident Erich Fehr (SP) haben diese Woche an einer Medienkonferenz betont, dass die beiden Parlamente dem Grossprojekt zustimmen sollen, damit im Juni die Stimmbevölkerung darüber entscheiden kann (das BT berichtete). Diese Forderung kommt nicht bei allen gut an.

«Wenn wir nicht dahinterstehen, können wir das Projekt doch nicht einfach durchwinken», sagt Rubin. Egger bezeichnet die Forderung gar als «Frechheit». «Es liegt in der Verantwortung des Stadtrats, das Geschäft der Stimmbevölkerung mit gutem Gewissen vorlegen zu können», so der SP-Stadtrat. Ein Ja in den Parlamenten bedeute für ihn eine ebensolche Abstimmungsempfehlung an die Wählerinnen und Wähler. Carmen Stalder